

Niederschrift

Gremium	Sitzung - StBV/004(IV)/04			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr	Donnerstag, 28.10.2004	Mensa / Baudezernat An der Steinkuhle 6	17:00Uhr	20:10Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

- 2 Bestätigung der Tagesordnung

- 2.1 Dritte Änderungssatzung zur Hauptsatzung
Vorlage: DS0723/04

- 3 Vorstellung Hochwasserstudie Ostelbien

- 4 Beschlussvorlagen

- 4.1 Haushaltsplan 2005
- Haushaltssatzung 2005
- Finanzplan bis 2008
- Stellenplan 2005
Vorlage: DS0639/04

5 Mitteilungen und Anfragen

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Gerhard Ruden

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Falko Balzer

Stadtrat Bernd Krause

Stadtrat Walter Meinecke

Stadträtin Sabine Paqué

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Wolfgang Wähnelt

Stadtrat Hans-Jürgen Zentgraf

Stadtrat Olaf Czogalla

entschuldigt

Beratende Mitglieder

Stadtrat Michael Stage

entschuldigt

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stadtrat Ruden eröffnete die Sitzung und begrüßte die Ausschussmitglieder und Vertreter der Verwaltung. Er stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Zur Tagesordnung gab es folgende Änderungen:

Herr Dr. Scheidemann (Amt 68) beantragte die Aufnahme der **DS0723/04 Dritte Änderung zur Hauptsatzung** und den Änderungsantrag zur Drucksache als ersten Tagesordnungspunkt zu beraten. Er muss diese Drucksache noch in einem anderen Ausschuss einbringen.

Dem stimmte der Ausschuss zu.

Abstimmung zur geänderten Tagesordnung: 8 - 0 - 0

2.1. Dritte Änderungssatzung zur Hauptsatzung Vorlage: DS0723/04

Herr Dr. Scheidemann (Amt 68) brachte die Drucksache ein. Der Wunsch des Ausschusses StBV, die Einzelbeschlüsse im StBV zu beschließen und im Stadtrat dann nur den Gesamtbeschluss zu beschließen, ist gemäß Erlass Ministerium des Innern nicht erlaubt. Entweder beschließt der StBV oder der Stadtrat die ganze Drucksache. Eine Mischung ist nicht zulässig. Des Weiteren sind die Worte *und Bedenken* aus der Drucksache zu streichen. Ein entsprechender Änderungsantrag vom OB zur Drucksache lag vor.

Stadtrat Balzer merkte an, dass der Änderungsantrag vom Ausschuss StBV gestellt werden muss. Anderenfalls wäre die Drucksache von der Verwaltung in neuer Fassung einzubringen.

Stadtrat Stern gefällt die Herausnahme der Formulierung *Bedenken* nicht. Für ihn sind Anregungen und Bedenken nicht gleichzusetzen. Es sollte auch eine Formulierung gefunden werden, welche auf Wunsch einer Fraktion die Abwägungsbeschlüsse an den Stadtrat zu verweisen, ermöglicht. Oft werden Dringlichkeitsdrucksachen eingebracht, welche keinen Zeitraum für Beratungen in den Fraktionen ermöglichen.

Herr Dr. Scheidemann (Amt 68): In der Gesetzgebung sind nur noch Anregungen genannt.

Stadtrat Wähnelt möchte die Beratung der Drucksachen vor Beschlussfassung im Ausschuss für Umwelt und Energie gesichert wissen und stellte den Antrag:

*Einfügen im §8 (4) nach die Beschlussfassung:
.... nach Vorberatung durch den Umwelt- und Energieausschuss....*

Abstimmung zum Antrag: 1 - 6 - 1 abgelehnt

Stadtrat Zentgraf: Wenn Vorlagen den vorgeschriebenen Termindurchlauf nicht einhalten, sollten die Drucksachen vertagt bzw. wenn als notwendig erachtet in den Stadtrat verwiesen werden.

Stadtrat Meinecke sprach sich für die Drucksache aus. Der Vorschlag kam aus dem StBV und sollte so umgesetzt werden.

Stadtrat Balzer: Nicht alle Stadträte lesen die Abwägungskataloge. Der Stadtrat kann jeder Zeit eine Drucksache auf die Tagesordnung nehmen. Der Ausschuss kann die Beschlussfassung dem Stadtrat übertragen.

Stadtrat Ruden wandelte den eingebrachten Änderungsantrag des OB in einen Antrag des StBV um.

Der Ausschuss StBV stellt den Antrag:

Der Stadtrat beschließt die Änderung des § 8 Abs. 4 der Dritten Änderungssatzung zur Hauptsatzung: In Ziffer 1 werden bei den Worten „Anregungen und Bedenken“ die Worte „und Bedenken“ gestrichen.

Die Drucksache 0723/04 wurde vom Stadtrat in dessen Sitzung vom 07.10.2004 zurückverwiesen. Sie wurde nochmals überarbeitet. Die einzige Änderung betrifft § 8 Abs. 4 Ziffer 1. Hier ist lediglich der Begriff „Anregungen“ zu verwenden. Der bislang in der ursprünglichen Drucksache enthaltene Begriff „und Bedenken“ ist zu streichen.

Dies resultiert aus dem Wortlaut von § 2 Abs. 2 des Baugesetzbuches, worin lediglich aufgeführt ist, dass „Anregungen“ vorgebracht werden können. Die Drucksache ist dementsprechend anzupassen.

Folglich wird der oben formulierte Änderungsantrag gestellt.

Abstimmung zum Antrag: 7 - 0 - 1

Abstimmung zur Drucks.0723/04 unter Beachtung des Antrages: 6 - 1 - 1

3. Vorstellung Hochwasserstudie Ostelbien

Herr Warschun (Amt 31) gab eine kurze Einführung mit dem Hinweis auf die, nach dem Hochwasser an die IHU-Stendal und die Firma Muting GmbH in Auftrag gegebenen Studien.

Herr Vogel (Büro Muting GmbH) stellte mittels Laptop die durchgeführten Untersuchungen, deren Ergebnisse und Schlussfolgerungen für die Stadt Magdeburg vor. Er zeigte die Vorschläge notwendiger Maßnahmen zum Hochwasserschutz auf. Das östliche Stadtgebiet sollte seine Grenzen nicht mehr weiter ausdehnen. Lückenschließung ist vertretbar. Im verkehrlichen Bereich sollte nicht weiter versiegelt werden. Kleine Erschließungen mit niedrigem Versiegelungsgrad sind möglich. Das Regenwasser sollte auf den Privatgrundstücken versickern und nicht in den Straßenbereich geleitet werden.

Herr Warschun (Amt 31) ergänzte zu den Terminabläufen und Verfahrenswegen der Maßnahmen. Des Weiteren ging er auf die Problematik Kiesabbau Prester und dessen Folgen ein. Wenn es dazu käme, müsste um das Werk ein Deich gebaut werden. Die Deiche der Stadt waren gut und nur in Teilbereichen musste verstärkt werden, um ein Durchsickern zu vermeiden.

Herr Kaleschky (Bg VI) bedankte sich bei Herrn Warschun und Herrn Vogel für die ausführliche Vorstellung und praktischen Vorschläge. Alte Erkenntnisse wurden bestätigt und neue gewonnen, welche eine gute Grundlage für die Arbeit des Dez. VI darstellen.

Stadtrat Ruden bedauert, dass dem Ausschuss kein schriftliches Material vorlag.

Herr Warschun (Amt 31) sagte zu, dass den Ausschussmitgliedern das Ergebnis der Studie zur Verfügung gestellt wird.

4. Beschlussvorlagen

- 4.1. Haushaltsplan 2005
 - Haushaltssatzung 2005
 - Finanzplan bis 2008
 - Stellenplan 2005
 Vorlage: DS0639/04
-

Herr Nieper (FB02) brachte die Drucksache ein.

Stadtrat Stern bedauert, dass der Stellenplan nicht vorliegt. Er fragte nach, ob mit den besetzten Stellen im Hoch- und Tiefbauamt die Maßnahmen des Haushaltes durchführbar sind?

Herr Jahnel (Amt 65) erläuterte die Personalsituation im Hochbauamt. Das Amt bemüht sich, die gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Herr O' Gilvie (Amt 66): Das Tiefbauamt kann seine Aufgaben erfüllen.

Stadtrat Wähnelt erstaunt die Aufnahme von Einnahmen über eine Zweitwohnungssteuer. Auf einen entsprechenden Antrag seine Fraktion gab es eine vernichtende Stellungnahme der Verwaltung dazu. Dass keine Mittel für die Sanierung von Schulen und zum Bau eines Tierheimes im Haushalt eingestellt sind, kann er nicht mit tragen.

Stadtrat Stern hinterfragte das Asylbewerberheim Wolfswerder, die Sanierung der Stadthalle und die Hyparschale. Er kritisiert die Streichung der Mittel für den Flugplatz, obwohl es einen Stadtratsbeschluss für den Ausbau gibt. Des Weiteren sollten die Umgehungsstraße Buckau, das Tierheim und die Schulsanierungen abgesichert werden.

Stadtrat Meinecke: Das Tierheim ist Pflichtaufgabe. Schulen, welche zukunftssträftig sind ebenso.

Stadtrat Balzer: Lösungen sind Einstellung zusätzlicher Mittel oder andere Objekte streichen. Die Nummern 43-45 aus der Investitionsprioritätenliste sind nach oben zu setzen und danach das Tierheim. Die Streichung von Brückensanierungen ist nicht tragbar. Zur Erhaltung der Infrastruktur sind dem Tiefbauamt Mittel zu überlassen.

Stadtrat Zentgraf: Wenn die Prioritätenliste geändert werden soll, dann muss auch gesagt werden was gestrichen werden soll.

Für **Stadtrat Krause** ist die Sanierung der Schulen eine Pflicht.

Stadtrat Ruden verwies auf die Baustellenbesichtigung und die Sanierung des Rathause. Für ihn ist der Ausbau des Mittelrisalit im Rathaus eine dringende Notwendigkeit, die auf jeden Fall realisiert werden muss.

Herr Kaleschky (Bg VI) legte kurz die komplizierte Haushaltslage dar. Für Veränderungsvorschläge müssen Deckungsquellen benannt werden. Es ist nicht sicher, ob das LVA (Landesverwaltungsamt) den Haushalt speziell bzgl. des Investitionsvolumens genehmigt. Die Schulsanierungen und der Neubau Tierheim liegen nicht im direktem Verantwortungsbereich des Dez. VI.

Das Asylbewerberheim Wolfswerder sollte ursprünglich freigezogen und in Leerzug saniert werden. Aufgrund der Reaktionen in den einzelnen Stadtteilen wird auch mit verminderten Besatz im Bestand noch 2005 saniert. Die Vorplanung zur Stadthalle wird bis Anfang 2005 realisiert und zur Beschlussfassung vorgelegt.

Zur Hyparschale gibt es Beschlüsse. Ausschreibungen sind erfolgt und das Amt 23 bemüht sich um die Vermarktung.

Per Stadtratsbeschluss sind bis 2006 keine Mittel für Brücken eingestellt. Natürlich erfolgen Brückenprüfungen und ab 2007 werden wieder Mittel eingestellt. Zwischenzeitlich ist mit Haverie-Situationen und außerplanmäßigen Ausgaben zu rechnen.

Zum Rathaus sollte der Standpunkt von SR Ruden akzeptiert werden und die momentane Reserve von 200 T€ zum Ausgleich (z.B. Mittelrisalit) genutzt werden. Bis zum Abschluss der Baumaßnahmen ist nicht sicher ob eingespart wird oder ein Mehrbedarf besteht.

Für die Umgehungsstraße Buckau, Bereich Faulmannstraße, sollte ein Bebauungsplan aufgestellt werden. Der Bereich SKL – DB-Flächen gestaltet sich schwierig, da weder die DB-AG noch der SKL-Park Flächen für eine durchgängige Straßenführung bereitstellen.

Herr Dr. Peters (Amt 61) ergänzte zur Umgehungsstraße, dass im Rahmen der Maßnahme URBAN 21 Flächenankäufe erfolgen. Sie ist in 3 Abschnitte gegliedert. Die Realisierung ist über Bebauungsplan oder Umlegung zu sichern, was aber noch geprüft wird. Als 1. Schritt sollte der Bereich Faulmannstraße in Angriff genommen werden und als letzter Schritt Buckau selbst. Die Varianten werden dem StBV vorgestellt werden.

Herr Jahnel (Amt 65) erläuterte die Grundlagen zur Bewertung der Sanierungsmaßnahmen der Schulen. Diese Zustandsblätter sind dem FB03 (KGm) vom Amt 65 übergeben worden. Es kann nur von Ober- bzw. Untergrenzen ausgegangen werden.

Zur Hyparschale kann gesagt werden, dass Amt 23 über Ausschreibung sich bemüht hat einen Investor zu finden. Das Dach sollte wenigstens repariert werden. Amt 65 hat die zuständigen Stellen angeschrieben.

Stadtrat Balzer schlug vor, die 200 T€ aus der Deckungsquelle Rathaus für Kita Wahlbecker Straße zu verwenden. Wenn Geld über ist sollte der Stadtrat entscheiden, wo diese verwendet werden. Er formulierte einen entsprechenden Antrag.

Stadtrat Ruden stellte den Antrag:

Der StBV beschließt: Die Rekonstruktion des Rathauses beinhaltet die Baumaßnahme Ausbau des Mittelrisalit, die entsprechend Beschluss Variante Ib, zu realisieren ist. Grundlage ist der vorliegende Kostenrahmen. Bei Überschreitung ist eine Üpl zu beantragen in Höhe von max. 100.000 €.

Abstimmung zum Antrag: 5 - 1 - 2

Stadtrat Ruden verlas den Antrag von Stadtrat Balzer und stellte ihn zur Abstimmung.

1. *Der OB wird beauftragt sicher zu stellen, dass mgl. Einsparungspotentiale begonnener und abgeschlossener Maßnahmen des Vermögenshaushaltes dem StBV „rechtzeitig“ mitgeteilt werden.*
2. *Der StBV wird vom SR beauftragt mit den mgl. freien Mitteln „Pflichtmaßnahmen“ zur Realisierung vorzuschlagen, die noch nicht in der Investitionsprioritätenliste mit Mitteln untersetzt sind (Schulen u. Kitas). Die abschließende Entscheidung zu diesen Maßnahmen trifft der SR.*
3. *Die Verwaltung hat freiwerdende Mittel „nicht“ für eigene Vorschläge u. Maßnahmen als Deckungsquelle zu verwenden.*

Stadtrat Zentgraf beantragte die Antragspunkte einzeln abzustimmen. Dem wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmung zum Punkt 1. : 7 - 0 - 1

Herr Jahnel (Amt 65) legte die Konsequenzen des Antrages für die Arbeit innerhalb der Verwaltung dar. Er verwies auf die Hauptsatzung § 11, in dem die Aufgaben die der Stadtrat dem OB überträgt, festgeschrieben sind.

Stadtrat Krause verlässt die Sitzung.

Stadtrat Wähnelt unterstützt die Intention des Antrages. Die Formulierung ist problematisch. Da es kein haushaltsrelevanter Antrag ist, sollte er vertagt werden. Bei der Abstimmung der Drucksache ist der Stellenplan rauszunehmen.

Stadtrat Balzer zieht den Antrag zurück.

Abstimmung zur Drucks.0639/04 ohne Stellenplan: 0 - 4 - 3 nicht empfohlen

Stadtrat Balzer verlässt die Sitzung.

5. Mitteilungen und Anfragen

Stadtrat Ruden informierte, dass sich im Auftrag des Stadtplanungsamtes 4 Architektengruppen unter dem Thema „*SHRINK TO FIT – MAGDEBURG*“ mit der Stadtumbauproblematik beschäftigt haben. Die Ergebnisse sollen in Form einer Ausstellung in der Johanniskirche vorgestellt werden zu der die Mitglieder des StBV eingeladen werden.

Die Mehrheit der Ausschussmitglieder sprach sich dafür aus, in einer Sondersitzung zum Thema Stadtumbau diese Ergebnisse mit zu diskutieren.

20.10 Uhr Ende der Sitzung.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Gerhard Ruden
Kirstein
Vorsitzende/r

Stadtplanungsamt / Hannelore
Schriftführer/in